

Das „Post-Stockholm-Programm“

Mit den strategischen Leitlinien für die gesetzgeberische und operative Programmplanung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Post-Stockholm-Programm) stellt die EU die Weichen für die zukünftige Entwicklung in den Feldern Justiz und Inneres.

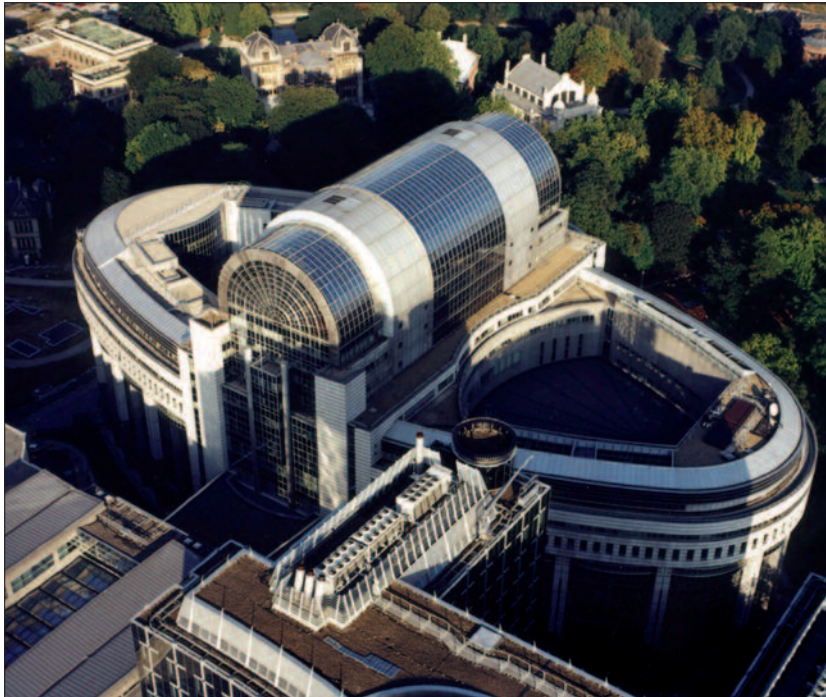
Als Reaktion auf die zunehmende grenzüberschreitende Kriminalität und Migrationsströme ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die Akteure stärker vernetzen. Auf EU-Ebene wurde früh erkannt, dass neben der praktischen Kooperation eine strategische Vernetzungen notwendig sind, um effektiv zusammenzuarbeiten.

Tampere-Programm. Bereits 1999 wurde vom Europäischen Rat das erste Mehrjahresprogramm der EU für den JI-Bereich beschlossen

(Tampere-Programm), das die strategischen Leitlinien für die folgenden fünf Jahre festlegte. Dieses Programm definierte folgende Prioritäten: eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik der EU, die Schaffung eines Europäischen Justizbereichs sowie die grenzüberschreitende Bekämpfung der (organisierten) Kriminalität in der EU.

Das Tampere-Programm war ein Meilenstein für den JI-Bereich und lieferte wesentliche Impulse für die weitere Entwicklung. Schon 1999 wurden die Knackpunkte erkannt, die heute noch zu den Kernfragen der inneren Sicherheit zählen. Denn trotz der Weiterentwicklungen in diesem Bereich auf EU-Ebene spielen diese Problembereiche nach wie vor eine entscheidende Rolle in der JI-Politik der Europäischen Union.

Haager Programm. Nach dem Auslaufen des Tampere-Programms wurde 2004 das Haager Programm beschlossen. Damit wurde ein noch umfassenderer Ansatz als beim Tampere-Programm gewählt, da nicht nur die Schaffung neuer Rechtsakte darin festgehalten



EU-Parlament in Brüssel: Ein JI-Schwerpunkt ist die Bekämpfung von Cybercrime.

ten wurde, sondern auch prinzipielle Leitlinien wie das Prinzip der Verantwortlichkeit und der Solidarität in der EU. Auch wurde erkannt, dass die Unionsbürgerschaft und die Grundrechte unverzichtbare Ergänzungen zu den bisherigen Prioritäten darstellen. Zudem wurde die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit besser berücksichtigt. Als Ergebnis des Haager Programms konnten wesentliche Schritte für den JI-Bereich erzielt werden, beispielsweise die Erweiterung des Schengenraums und die Stärkung des polizeilichen Informationsaustauschs mit der Aufnahme des Prümer Vertrags in den Rechtsrahmen der EU.

Stockholm-Programm. Auf das Haager Programm folgte 2009 das Stockholm-Programm. Der Abschluss dieses Mehrjahresprogramms fiel zeitlich mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zusammen, der auch für den JI-Bereich wesentliche Neuerungen mit sich brachte. In diesem neuen rechtlichen Rahmen legte das Stockholm-Programm die Schwerpunkte im JI-Bereich für die Jahre 2010 bis 2014 fest.

Auch im Hinblick auf diese rechtlichen Änderungen strebte das Stockholm-Programm eine stärkere polizeiliche Kooperation an. Ergänzend dazu wurde der Ausbau der Kapazitäten von Europol und Eurojust festgehalten, um die operative Unterstützung seitens der EU zu verbessern. Als neuer Schwerpunkt im Bereich der organisierten Kriminalität wurde Cybercrime definiert.

Post-Stockholm-Programm – Weichenstellung für die Zukunft. Aufbauend auf diesen Mehrjahres-

programmen begannen im Juli 2013 die ersten Diskussionen, wie die bisherigen Arbeiten im JI-Bereich weitergeführt werden können und welche neuen Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Dabei zeigte sich, dass die Mitgliedstaaten auf Vereinfachung setzten. Demzufolge sollte ein schlankes Arbeitsprogramm erlassen werden, das die Zielsetzungen und nicht die Detailfragen festlegt. Gerade im Hinblick auf die Fortschritte, die durch viele neue Rechtsakte im JI-Bereich in den letzten Jahren erzielt wurden, sollen diese Rechtsakte zuerst vollständig umgesetzt werden und dann soll der weitere Bedarf überprüft werden. Dies gilt insbesondere im Asylbereich, der 2013 durch das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ auf EU-Ebene neu geregelt wurde.

Die Verhandlungen des Post-Stockholm-Programms liefen etwa ein Jahr und wurden Ende Juni 2014 beendet. Österreich setzte sich sehr früh sowohl national als auch auf EU-Ebene mit der Zukunft des JI-Bereichs auseinander und trat für eine breite Aufbereitung



Europäisches Parlament in Straßburg: Das Post-Stockholm-Programm ist auch geprägt von der derzeitigen weltpolitischen Lage.

der Thematik in den JI-Gremien und im JI-Rat ein. Auch mit Unterstützung anderer Mitgliedstaaten (u. a. Forum-Salzburg-Partner) gelang es folglich, in den strategischen Ausschüssen *CATS* (*Committee of Article Thirty Six*), *CO-SI* (*Comité de Sécurité Intérieure*) und *SCIFA* (*Strategic Committee on Immigration, Frontiers and Asylum*) sowie im Ausschuss für Zivilrecht die Abhaltung vertiefter Diskussionen anzuregen. Bei diesen Diskussionsrunden zeigte sich, dass die angespannte wirtschaftliche Lage entscheidenden Einfluss auf die Schwerpunktsetzung hat. Eine bestmögliche Nutzung der knappen Ressourcen und der vorhandenen Strukturen – wie der Agenturen der EU – ist daher für das Post-Stockholm-Programm von besonderer Bedeutung.

Arbeiten fortführen. Das Post-Stockholm-Programm soll für Kontinuität sorgen, damit die bestehenden Schwerpunkte fortgeführt werden. Für Österreich war wichtig, dass gerade mit diesem Grundsatzprogramm die Ursachen von Kriminalität bekämpft werden können. Wesentliche Ursachen

sind mangelnde Integration und fehlender gesellschaftlicher Zusammenhalt. Daher war die Stärkung der Grundwerte und Grundrechte der Union ein wichtiges Anliegen in den Verhandlungen, da Europa nur als Wertegemeinschaft dauerhaften sozialen Frieden und somit innere Sicherheit erlangen kann.

Ein Schwerpunkt, der bereits im Vorgängerprogramm definiert wurde, hat durch den technischen Fortschritt noch größere Bedeutung erlangt. Da Cyber-Kriminalität im quasi grenzenlosen Cyber-Raum stattfindet und sich besonders schnell entwickelt, ist eine grenzüberschreitende Kooperation notwendig, um dynamische und effektive Gegenmaßnahmen zu setzen.

Berücksichtigung der weltpolitischen Lage. Das Post-Stockholm-Programm ist auch geprägt von der derzeitigen weltpolitischen Lage. Krisen und bewaffnete Konflikte, die teilweise in unmittelbarer Nähe der Union stattfinden, zeigen auch Auswirkungen auf die innere Sicherheit der EU. Während als Folge der Kämpfe in Syrien Millionen

Menschen auf der Flucht sind, zieht es einige Unionsbürger oder dauerhaft in der EU lebende Migranten in diese Kriegsgebiete. Ein neuer Schwerpunkt im JI-Bereich widmet sich daher diesen „Foreign Fighters“. Da auch die „Foreign Fighters“ grenzüberschreitend organisiert sind, muss die Antwort auf dieses Phänomen auf EU-Ebene erfolgen.

Auch Maßnahmen, um mit den Flüchtlingsströmen aus dem Kriegsgebiet umzugehen, sind dringend erforderlich. Hier setzt das Post-Stockholm-Programm auf mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Österreich hat auf EU-Ebene eine innovative Lösung vorgeschlagen, um einerseits Schlepperei zu verhindern und andererseits Flüchtlinge gerade aus dem Mittelmeerraum zu retten. Nach dem „Save Lives-Projekt“ sollen alle EU-Mitgliedstaaten Flüchtlinge aufnehmen, die als schutzbedürftig anerkannt wurden. Diese sollen bereits in den Flüchtlingslagern, etwa im Libanon, ausgewählt werden und auf sicherem Weg in die EU gelangen.

Regine Kramer